

Siegen Christian Zimmermann referierte bei „Forum Siegen“ über Lesarten des Grundgesetzes

„Erziehung zum Widerstand“

szfBefindet sich Demokratie in der Krise? Eine Frage, die Dr. Christian Zimmermann, Didaktiker der Sozialwissenschaften der Uni Siegen, in seinem Vortrag „Lesarten des Grundgesetzes. Perspektiven der Politischen Bildung“ im Rahmen der Reihe „Forum Siegen“ durchaus bejahte. Der Blick in die USA, aber auch in die EU spreche dafür. „Wer Sozialwissenschaften unterrichtet, kommt nicht um eine demokratie-reflexive Sichtweise herum.“ Eingebettet sein müsse ein solcher Unterricht immer in die Fragestellungen: „In welcher Gesellschaft leben wir?“ und „Wo wollen wir hin?“. Die Antworten dürften auch utopische Sichtweisen umfassen.

Zwei Schwerpunkte umfasste der Vortrag Zimmermanns: Erstens Demokratiegefährdung (Krisendiagnosen und Krisentheorien) und zweitens Demokratiekultivierung (politische Bildung). Drei Theorien zur Demokratiegefährdung skizzierte der Wissenschaftler. Zuvorderst stand die Theorie der Postdemokratie des britischen Politikwissenschaftlers und Politologen Colin Crouch. Diese basiere auf der Annahme, dass Demokratie noch existiere, es sich in Postdemokratien also nicht um undemokratische Gesellschaften handele.

Crouch verstehe unter einem postdemokratischen politischen System ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten würden, die sogar dazu führten, dass Regierungen wechselten. Allerdings kontrollierten Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark, dass diese zu einem reinen Spektakel verkomme, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiere, die die Experten zuvor ausgewählt hätten. Die Mehrheit der Bürger spiele dabei eine passive, sogar apathische Rolle – sie reagiere nur auf die Signale, die man ihnen gebe. Im Schatten dieser politischen Inszenierung werde die reale Politik hinter verschlossenen Türen von gewählten Regierungen und Eliten gemacht, die vor allem die Interessen der Wirtschaft verträten.

Maximale Demokratie, so Zimmermann, habe es in den 60er- und 70er-Jahren gegeben. Mit Regierungschefs wie Thatcher und Reagan sowie dem Neoliberalismus habe die Demokratie einen deutlichen Abschwung erlitten. Folge sei z.B., dass Unterschichten nicht mehr oder nicht mehr so häufig zur Wahl gingen. Eine weitere Auswirkung bestehe im Verfall der Qualität der politischen Kommunikation. Talkshows hätten die Funktion politischer Debatten übernommen. Egalitäre politische Projekte hätten geringere Chancen auf Umsetzung.

Die zweite Theorie stammt von dem Ökonomen und Soziologen Oliver Nachtwey. Demnach leben wir in einer Abstiegs-gesellschaft. Lange Zeit, so der Referent, seien in Deutschland der Anstieg des Lebensstandards und der berufliche wie persönliche gesellschaftliche Aufstieg reale Lebensperspektiven gewesen. Nun sei dem nicht mehr so. Das Modell der Vollerwerbstätigkeit sei dem der „Prekariatisierung der Arbeitswelt“ gewichen. Diese regressive Moderne entspreche der Verfallsform der demokratischen Moderne.

Die dritte Theorie – die der simulativen Demokratie – stammt von Ingolfur Blühdorn. Sie skizziert dem Referenten zufolge ein Paradox – die Gleichzeitigkeit von Zustimmung zu demokratischen Werten und die Enttäuschung über die Demokratie. Die zentrale These laute, dass die Demokratie in den modernen Wohlstandsgesellschaften des Westens einen grundlegenden Formwandel durchmache. Der Begriff „simulative Demokratie“ stehe für einen Konflikt zwischen den Interessen der Bürger und der Eliten.

Den Übergang zum zweiten Vortragsschwerpunkt, der Kultivierung der Demokratie durch politische Bildung, bildete ein Zitat des einstmaligen Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Demokratie lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht erzeugen kann.“ Ein kurzer Rückblick auf die politische Bildung in der Bundesrepublik endete beim Beutelsbacher Konsens. Dieser beinhalte zum einen ein „Überwältigungsverbot“: Schüler dürften nicht im Sinne eines gewissen Ergebnisses beeinflusst werden. Zum anderen inkludiere der Konsens das „Kontroversitätsgebot“ – in der Gesellschaft kontrovers diskutierte Themen müssten auch im Unterricht kontrovers behandelt werden.

Dr. Christians Zimmermanns eigene These geht davon aus, dass die skizzierten demokratie- und gesellschaftstheoretischen Diagnosen eine Neubegründung politischer Bildung erfordern. Alternative Lesarten der Artikel 20 und 28 des Grundgesetzes, die Demokratie und Sozialstaat festschreiben, könnten dahin gehen, dass Vermögensverteilung – inklusive der Wirtschaft – zur Disposition des demokratischen Souveräns stünden.

Artikelinformationen

Bearbeiter	mkl
Ersteller	ph
Erstellungsdatum	15.05.2017 12:54:57
Geändert	21.05.2017 18:42:23

Eine als aus den Fugen geraten empfundene Welt begründe eine radikaldemokratische Konzeption politischer Bildung. Die Kontingenzorientierung stehe für eine alternative Konzeption von Demokratie und Sozialstaatlichkeit. Politikunterricht, so der Referent, sollte Handlungsorientierung als demokratische Interventionskompetenz vermitteln. Zimmermann: „Das ist Erziehung zum Widerstand.“

